

# «Das ist eine volle Ohrfeige für das Linthgebiet»

**UZNACH/WATTWIL.** Das Entsetzen im Linthgebiet ist gross: Der anscheinend erfolgte Entscheid der Regierung, die Kantonsschule am Standort Wattwil zu bauen, stösst auf harsche Kritik. Hinzu kommt der Ärger über die Kommunikation seitens des Regierungsrats.

MAGNUS LEIBUNDGUT

Für Kantonsrätin Yvonne Suter (CVP) von der IG Pro Bildungsstandort Linthgebiet ist der Bericht über eine Vorentscheidung für den Standort Wattwil «dicke Post»: «Wir erwarten von der Regierung, dass sie den neutralen Expertenbericht ernst nimmt und in ihre Entscheidung berücksichtigt.» Es sei ein Affront sondergleichen, dass die Regierung das Ergebnis der Studie ignoriere und an Wattwil festhalte, statt den Standort Uznach in die Diskussion mit einzubeziehen. «Es kann doch nicht sein, dass die Regierung eine Analyse in Auftrag gibt und dann das Resultat unter den Teppich kehrt, weil ihr dieses nicht in den Kram passt.»

## Schlechte Kommunikation

Die Kantonsrätin aus Rapperswil-Jona spricht von einer vollkommen «verkachelten» Kommunikationspolitik seitens der St. Galler Regierung: «Zuerst will sie keine Studie, dann lässt sie eine ausarbeiten, aber geheim, ohne uns darüber zu informieren. Und schliesslich ignoriert sie deren Ergebnisse.» Das sei eine Ohrfeige für das Linthgebiet: Die Regierung stelle eine ganze Region aufs Abstellgleis und foutiere sich um die Anliegen der Bevölkerung.

Ein Affront sei überdies, dass die Gemeinden Vorschläge für einen Standort machen und die Regierung eine Einladung zur Besichtigung dieser in den Wind schlage. Die IG Pro Bildungsstandort Linthgebiet werde alle Kräfte darauf konzentrieren, «wenigstens die unvoreingenommenen Mitglieder des Kantonsrats und der Regierung für einen sachlich begründeten Standortentscheid zu gewinnen».

Die Junge CVP Linthgebiet wünscht sich derweil eine Versachlichung der Standortdiskussion: «Zum Wohl der Schüler beider Regionen sollen alle Argumente und Anliegen in der Öffentlichkeit und nicht nur im Regierungszimmer gegeneinander abgewogen werden», schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. Die Standortanalyse könne hierbei eine gute Grundlage darstellen. Der allgemeinen Unsicherheit in der Bevölkerung beider Regionen solle Einhalt geboten werden.

## Erschrocken über die Studie

Auf der anderen Seite des Rickens kommt der vorbereitete Regierungsratsbeschluss naturgemäss gut an: Ivan Louis, Sprachrohr von Petitionären, die

hofft nun, dass die Regierung sich definitiv für Wattwil entscheidet.

## Das Schweigen der Regierung

In einem internen Mail, das am Wochenende auf unbekannte Weise öffentlich wurde, verlangt Regierungsrat Benedikt Würth eine ausserkantonale Lösung: Dank einer Zusammenarbeit mit dem Kanton Schwyz könnte es möglich werden, dass 200 bis 250 Schüler aus dem Raum Rapperswil-Jona in Pfäffikon zur Schule gehen. Dies würde den Standort Wattwil sichern und andere Standorte im Linthgebiet obsolet machen.

Zu den aufgeworfenen Fragen wollten gestern weder Regierungsrat Benedikt Würth noch Regierungspräsident Stefan Kölliker Stellung nehmen.

Die Regierung hüllt sich in Schweigen darüber, warum die Studie zur Standortfrage nicht publiziert wird und weshalb sie deren Ergebnisse nicht aufnimmt. Das Bildungsdepartement liess gestern einzig verlauten, dass noch kein Entscheid zur Standortfrage gefallen sei und dass der Regierungsrat in den nächsten Wochen über den Beschluss informieren werde. Bis dann gebe es keine Auskünfte.



Kantonsrätin Yvonne Suter wartet auf die Antwort der Regierung zur Interpellation, die im Namen aller Linthgebietler Fraktionen an der Februarsession eingereicht wurde. Sie wirft die Frage auf, wie eine Standortanalyse fair und ergebnisoffen erfolgen könne. Bild: rk

**KOMMENTAR**  
VON MAGNUS LEIBUNDGUT

## Debakel mit Folgen

*Vor knapp einem Jahr schien alles klar zu sein: Die Regierung äusserte die Absicht, dass sie bezüglich eines Neubaus der Kantonsschule am Standort Wattwil festhalten wolle. Im Herbst wich sie von dieser Meinung bereits wieder ab: Nachdem Gemeinden im Linthgebiet eine Analyse zur Standortfrage forderten, sagte Bildungsdirektor Stefan Kölliker, dass eine Studie am Laufen sei. Weil er dies nur den Medien gegenüber mitteilte, nicht aber den Regionen, wuchs deren Misstrauen in die Politik des Regierungsrates. Jetzt, mit der Enthüllung interner Mails, ist das Debakel rund um die Kommunikationspannen vollbracht.*

*Dass auf die Weise die Transparenz abhandenkommt, erstaunt niemanden. Noch schwerer wiegt der Umstand, dass diese Ausdruck dafür ist, wie zerstritten der Regierungsrat ist: Offensichtlich ist dieser nicht in der Lage, in der Kanti-Frage zu einer geeinten Meinung zu kommen. Nur so ist der Inhalt des internen Mails zu verstehen und vielleicht auch der Umstand, dass die Mails eines Regierungsrates den Weg an die Öffentlichkeit finden. Wenn in St. Gallen auf diese Art und Weise Politik betrieben wird, dann gute Nacht: Das ist wahrlich kein gutes Zeichen für den Kanton.*

*Der Streit in der Regierung und die fehlende Kommunikation eines Entschides, der bereits längst gefallen ist, ziehen unangenehme Folgen nach sich: Diese Politik schürt Ressentiments und Misstrauen und bringt ohne Not zwei Regionen gegeneinander auf: Auch wenn Toggenburger und Linthgebietler noch nicht gerade mit den Fäusten aufeinander losgehen, ist der Scherbenhaufen doch längst angerichtet. Wo auch immer die neue Kanti schliesslich gebaut wird, den Makel der unsäglichen Vorgeschichte bringt diese wohl kaum weg. Das hat einzig und allein die Regierung zu verantworten.*